

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

12.5.1866 (No. 111)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 12. Mai.

N. 111.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einsendungsgebühr: die gestaltete Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 9. d. Mts. erhält Leutnant Karl v. Schilling im 3. Infanterieregiment die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großh. Armecorps, mit der Erlaubnis, in fremde Dienste zu treten;
ferner werden dem Oberarzt Hildebrandt im Jägerbataillon die Grabzeichen des Oberleutnants verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

München, 11. Mai. Die „Bayer. Ztg.“ schreibt: Die Regierung hat in Erwägung der ersten politischen Lage die sofortige Mobilmachung der bayrischen Armee und die Einberufung des Landtags auf den 22. Mai beschlossen.

Berlin, 11. Mai. (B. L. Z.) Die preussische Antwort auf die österreichische Depesche vom 4. Mai, welche die Abrüstungsverhandlungen für erschöpft erklärt, ist nicht abgegangen.

Berlin, 11. Mai. (Sch. M.) Die Berufung der Kammer wünschte besonders der Finanzminister. Die Neuwahlen werden binnen 14 Tagen erwartet. Die Kammer wird für die Bewilligung einer Kriegsanleihe mindestens die Anerkennung des Budgetrechts verlangen, wozu Aussicht sein soll. Die Gerichte von Otkroyierung eines Wahlgesetzes mit allgemeinem Stimmrecht bedürfen der Bestätigung.

Wien, 10. Mai. (A. Z.) Die heute eingetroffene preussische Antwort-Depesche lehnt die vorgeschlagene Lösung in der Herzogthümerfrage ab, fordert aber zu weiterer Verhandlung auf der gleichzeitig angebotenen Grundlage auf. Der Eintritt Freiwilliger in die Armee ist gestattet, ohne gesetzliche achtjährige Kapitulation, bloß für die Dauer des Bedarfs.

Wesb., 10. Mai. (A. Z.) Graf Malatj hatte gestern eine mehrstündige Konferenz mit dem von Seiten der ungarischen Adels wird die Bildung eines Freikorps auf seine Kosten vorbereitet.

(Aus einem gestern, 11. d., ausgegebenen Extrablatt wiederholt.)

Berlin, 9. Mai. Indem die „Provinzialkorresp.“ die Mobilmachung sämtlicher Armecorps angeht, sagt sie: „Man darf überzeugt sein, daß die preussische Regierung noch jetzt zur Erhaltung des Friedens bereit ist, wenn dies mit Ehre und unter Aufrechterhaltung der preussischen Interessen geschehen kann. Sie ist es aber dem Bande schuldig, nach keiner Seite darüber Zweifel bestehen zu lassen, daß sie, wenn es sein muß, diese Interessen auch mit den Waffen in der Hand aufs allerkräftigste zu vertreten entschlossen und im Stande ist.“

Die „Kreuzzeitung“ sagt: „Die Rede Napoleon's in Austerlitz sollte die deutschen Großmächte von neuem erinnern, in welche Hände schließlich die Entscheidung — und welche eine! — fallen würde, wenn ein Krieg zwischen ihnen ausbräche. Wir sagen dies nicht, damit Preußen einen berechtigten Anspruch aufgeben, sondern damit beide Mächte noch einmal, ehe es zu spät wird, ernstlich prüfen möchten, ob keine Möglichkeit, sich in Frieden zu verständigen, vorhanden ist.“

Berlin, 9. Mai. (Köln. Ztg.) Die „Nord. Allg. Ztg.“ hört, die österreichische Depesche vom 4. Mai sei gestern beantwortet worden. Auf die österreichische Depesche bezüglich der Herzogthümerfrage dürfte Hr. v. Werther dem Wiener Kabinet mündlich eröffnet haben, daß das diesseitige Kabinet bereit sei, auf bezügliche Verhandlungen einzugehen, wenn eine andere Basis vorgeschlagen würde; die gegenwärtig vorgeschlagene ermangle des geeigneten Anknüpfungspunktes.

Das „Dresden. Journ.“ erklärt, der König denke nicht daran, bei der jetzigen politischen Lage das Land zu verlassen.

Berlin, 9. Mai. (Köln. Bl.) Gestern traf der russische Botschafter Monteverde als Ueberbringer eines kaiserlichen Handschreibens hier ein. — Hr. v. Savigny wird nach seiner Heimkehr vorläufig nicht mehr nach Frankfurt zurückkehren. — Am Roggenmarkt war Panique.

Berlin, 10. Mai. (Fr. P. Ztg.) Ein Berliner Telegramm der „Weserzeitung“ stellt die Lage als gestern Abend gespannt dar, weil erneuerte direkte Verhandlungsversuche angeblich an der überhandgenommenen Kriegspartei am Wiener Hof scheiterten.

Wien, 10. Mai. (Fr. P. Ztg.) Ein offizielles Mitgetheilt der „Westerr. Ztg.“ erklärt die Beziehungen zu Frankreich für so befriedigend, daß zu keinerlei Besorgnissen Anlaß gegeben sei. — Nach der „N. fr. Presse“ machten England und Rußland einen Kongressvorschlag ohne vorherige Aufstellung eines Programms.

Stuttgart, 9. Mai. (Köln. Ztg.) Das württembergische

Contingent soll laut gestern erlassener Verfügungen auf 30,000 Mann gebracht werden. Hr. v. Wambler wird heute nach München reisen.

Brüssel, 9. Mai. Die Nachricht von der Einberufung von 80,000 Mann ist falsch. Die Befestigung von Antwerpen wird lebhaft betrieben.

Florenz, 9. Mai. Die Deputirtenkammer hat mit 203 gegen 48 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, durch welchen der Regierung behufs Vorkehrungen für die öffentliche Sicherheit außerordentliche Vollmachten erteilt werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. Mai. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer hat der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, folgende Vorlage gemacht:

Friedrich von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir beauftragen hiermit den Präsidenten Unseres Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, bei Unserem getreuen Ständen, zunächst der Zweiten Kammer, zur Beistellung von 1400 Militärdienstpferden, nämlich 600 Reit- und 800 Zugpferden, sowie zur Bestreitung der zu deren Unterkunft, Verpflegung und Wartung auf die Dauer von acht Monaten erforderlichen Kosten einen, nach dem anliegenden Voranschlag berechneten außerordentlichen Kredit von 1,070,800 fl. in Anforderung zu bringen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 10. Mai 1866.

Friedrich.

Berechnung des Aufwandes.

1) Ankauf von 1400 Pferden	560,000 fl.
2) Unterhaltungskosten der Pferde, monatlich 13,533 fl., in 8 Monaten	268,264 fl.
3) Verpflegung der zur Abrichtung und Wartung einzuberufenden Mannschaft, monatlich 29,631 fl., in 8 Monaten	237,528 fl.
4) Sonstige vorzuziehende Posten	5,008 fl.
In Summa	1,070,800 fl.

Begründung.

In dem großh. Armecorps stellt sich der weitere Bedarf an Dienstpferden auf ca. 3000 Stück, wenn der ganze Stand derselben auf die Kriegsstärke gebracht werden soll. Diese Pferde bedürfen aber längere Zeit zu ihrer Abrichtung, um sie für den Dienst nutzbringend verwenden zu können.

Die Kriegsverwaltung sieht sich daher unter den gegenwärtigen Verhältnissen veranlaßt, zunächst diejenige Anzahl von Pferden künstlich zu erwerben, welche zur Bervollständigung des Pferdebestandes der Reiterei, sowie der Feldbatterien und des Brückenzuges in erster Linie erforderlich sind, nämlich 600 Reit- und 800 Zugpferde.

Indem wir uns auf diese Anzahl von Pferden vorläufig beschränken, haben wir für die zu ihrer Abrichtung und Wartung einzuberufende Mannschaft die Einquartierungskosten in Ansatz gebracht, welche wir bemüht sein werden, zu möglichst günstigen Verhältnissen des Aufwandes die vorhandenen Kasernenräume und Stallungen zu benützen, oder durch Erbauung einiger Nothstallungen die Unterkunft der Pferde im Bereich der Kasernen zu ermöglichen, wie sich dies im Jahr 1864 als in jeder Hinsicht zweckgemäß bewährt hat.

Karlsruhe, 11. Mai. 38. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, die Ministerialräthe v. Dusch und Walli und Justizministerialdirektor Dr. Jungmann.

Nach Eröffnung der Sitzung erhält Abg. Federer 14 Tage Urlaub.

Es folgt nun obige Regierungsvorlage.

Abg. Knieß: Es handelt sich bei Bewilligung dieser Geldmittel auch vorzugsweise um Einnahme einer politischen Stellung, und hiezu möchte die Bildung einer besondern Kommission angemessen sein.

Abg. Schard unterstützt den Antrag in Erwägung, daß diese Regierungsvorlage ihre volle Bedeutung erst dann erlange, wenn klar sei, wie sich die Kammer dazu verhalte. Dies sei der erste Schritt, das erste Wort, die erste That, daher reiflicher Erwägung und Besprechung werth.

Abg. Kirsner stellt zugleich den Antrag auf Verstärkung der zu erwählenden Kommission um 6 Mitglieder.

Beide Anträge angenommen.

Die Tagesordnung führt zur Begründung der Motion des Abg. Roder über die Verwaltung des weltlichen Stiftungsvermögens. Den Wortlaut des Antrags, welcher auf Trennung der Verwaltung von einer mehr geistlichen Behörde geht, werden wir s. Z. sammt dem Wesentlichen der Begründung mittheilen; ebenso den Unterstützungsantrag des Abg. Heilig auf Inbetrachtung und Verweisung in die Abtheilungen.

Unterstützt wird dieser Antrag von den Abgg. Sachs, Huffschild, Beck, Kirsner und Knieß; denn es handle sich darum, daß Jedem das Seine werde.

Staatsrath Dr. Lamey: Die großh. Regierung hat gegen die Berathung und Beschlußfassung über diesen Gegenstand nichts einzuwenden, und zwar um so weniger, als sie selbst sich mit demselben beschäftigt. Einzelne Unrichtigkeiten in der Motion seien untergelaufen, doch werde die Kommission die Frage genauer und reiflicher erwägen, so daß es nicht als eine Polemik gegen die Kirche erscheine.

Der Antrag wird angenommen.

Der Tagesordnung gemäß werden folgende Berichte der Petitionskommission erstattet vom

1) Abg. Fingado: Der Stadt Krautheim, um Zuthellung eines Amtsgerichts oder einer andern Anstalt. Der Antrag geht auf Uebergang zur Tagesordnung, und ebenso bezüglich der eventuellen Bitte, da solche zu unbestimmt oder unklar ist.

Abg. Huffschild, unterstützt vom Abg. Schaaff, will, daß die Petition zur Kenntnißnahme an die großh. Regierung übergeben werde.

Gch. Rath Dr. Jungmann: Zu ihrem Bedauern kann die großh. Regierung der Eingabe nicht entsprechen. Die Verhältnisse sprachen gegen Verlegung des Amtsgerichtssitzes nach Krautheim. Was das eventuelle Gesuch betrifft, so habe das Finanzministerium schon Sorge getragen, indem es den Sitz einer Domänenverwaltung und Uebereiner dorthin verlegte.

2) Abg. Fingado: Die Eingabe der Stadt Neckarbischofsheim um Zuthellung eines Amtsgerichts betr. Der Antrag lautet: Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Frölich möchte, daß die Sache von großh. Regierung in weitere Erwägung gezogen werde.

Ministerialrath v. Dusch: Die großh. Regierung ist bei der neuen Organisation mit der thunlichsten Berücksichtigung der Verhältnisse zu Werke gegangen; allen Anforderungen habe sie natürlich nicht entsprechen können.

3) Abg. Allmang: Die Eingabe der Stadt Tauberbischofsheim um Einführung der Gemeinde-Schafweide betr. Der Antrag lautet: Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Kirsner, unterstützt vom Abg. Knieß, will, daß die Erlaubnis erteilt werde, wenn die große Mehrheit einer Gemeinde dafür sei.

Für den Kommissionsantrag sprechen Abgg. Sachs und Roder, für den des Abg. Paravicini der Abg. Turban.

4) Abg. Fingado: Die Eingabe der Schmalmehger um Aufhebung der Fleischsteuer betr. Antrag wie zu 2. Dafür sprechen die Abgg. Gerwig, Frick, Kiesel und Kirsner; die Abgg. Achenbach, Moll, Knieß und Roder wollen die Uebergabe an großh. Staatsministerium zur Kenntnißnahme.

5) Abg. Fingado: Die Eingabe eines Bürgers von Pforzheim um Abschaffung des Rekognitionsgebotes betr. Tagesordnung. Ohne Diskussion.

6) Abg. Fingado: Die Bittschrift der Zivilstaats-Beamten um Regulirung der Ruhegehälter betr. Antrag: Ueberweisung an großh. Staatsministerium. Unterstützt von den Abgg. Huffschild und Kirsner.

Ministerialrath Walli: In den nächsten Monaten nach Schluß des Landtags wird eine Aenderung in der vorliegenden Angelegenheit erlassen werden, welche den gerechten und billigen Wünschen entsprechen wird.

Abg. Moll: Man sammle bei diesem Institut zu viel Kapital, seit etwa 25 Jahren beinahe 1 Million, die Jektlebenwürden zu Gunsten der Kommenden zu sehr belastet. Die Regierung wolle diese Basis einer genauen Erwägung unterziehen.

Ministerialrath Walli ist nicht in der Lage, hierüber Auskunft geben zu können; die Regierung wird übrigens Kenntniß von der Sache nehmen.

Abg. Gerwig will auch die Straßenmeister bedacht wissen bei Regulirung der Sustentationsgehälter.

Sämmtliche Kommissionsanträge werden angenommen.

Schluß 1/4 Uhr.

Deutschland.

Frankfurt, 9. Mai. Bevor in der heutigen Bundestags-Sitzung, der Hr. v. Savigny wieder bewohnte, über den sächsischen Antrag abgestimmt wurde, hielt Bayern Namens des Militärausschusses einen Vortrag über die Kontingentstärke in den Bundesfestungen, der sich auf die aus Veranlassung der preussischen Mobilmachung sich ergebenden Mobilitäten bezog. Es wurde ein Bericht der Militärkommission vorgelegt, in welcher sich bereits eine Erklärung des preussischen Militärbevollmächtigten befindet, aus der hervorgeht, daß der Präsenzstand der preussischen Truppen durch die Mobilmachung durchaus nicht alterirt werde. Der Ausschuss fand sich durch diese Erklärung durchaus befriedigt, und beantragte nur s. Z. sammt dem Wesentlichen der Begründung mittheilen; ebenso den Unterstützungsantrag des Abg. Heilig auf Inbetrachtung und Verweisung in die Abtheilungen.

nahme auf die Erklärung des preussischen Militärbevollmächtigten bei.

Hierauf schritt man zur Abstimmung über den sächsischen Antrag. Gegen denselben erklärten sich: Preußen, Kurhessen (stimmt, um zu vermitteln, für Verweisung an den Neumarktschuss), Mecklenburg, 15. Kurie (Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg) und die 17. Kurie (freie Städte; innerhalb derselben Frankfurt für den Antrag). In der 12. Kurie stimmte Altenburg dagegen; Luxemburg enthielt sich der Abstimmung.

Preußen gab mit seinem Votum eine längere Erklärung ab, worin es unter Berufung auf die historischen Thatsachen nachzuweisen suchte, daß Oesterreich mit den Rüstungen begonnen habe und Sachsen nachgefolgt sei. Die sächsischen Rüstungen würden nicht schrecken, aber in Verbindung mit den österreichischen rüde für die letzteren die Operationsphäre bis nahe an die preussische Hauptstadt. Wenn es Sachsen um eine korrekte Behandlung der bundesrechtlichen Bestimmungen zu thun gewesen wäre, so würde es sich in dem Augenblick, wo es sich von Preußen bedroht glaubt, zunächst an den Bund um Bundeshilfe zu wenden gehabt, nicht aber sich in den Stand der Selbsthilfe verlegt haben. Bis zum allerletzten Augenblick habe Preußen mit Gegenmaßregeln geögert, und selbst die seit dem 24. März ergriffenen Defensivmaßregeln hätten in dem beschränkten Maße stattgefunden. Mit den gegen Preußen gerichteten Tendenzen sei zugleich jedes ernste Streben, den Forderungen der deutschen Nation gerecht zu werden, bebroht. Preußen könne nur abrüsten, wenn jene Regierungen, die mit den Rüstungen begonnen, auch in den Abrüstungen vorangingen. Die h. Bundesversammlung möge dahin wirken. Sollte dies der Bund nicht können oder wollen, so würde Preußen gezwungen sein, sich nur noch durch die Interessen seiner eigenen Sicherheit und europäisch n Nachstellung leiten zu lassen.

Nach der Abstimmung ergriff der Gesandte wiederholt das Wort, um die Bundesversammlung unter nochmaligem Hinweis auf die notorische Priorität der österreichischen und sächsischen Rüstungen aufzufordern, daß sie ihre entschiedene Einwirkung auf diejenigen Regierungen geltend mache, welche durch ihr Vorgehen den gegenwärtigen, ohne berechnete Veranlassung ersten Stand der vaterländischen Angelegenheit herbeigeführt hätten.

Frankfurt, 10. Mai. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 9. Mai.

Von Seiten des Militärausschusses wird die Verwendung verschiedener disponiblen Festungsgelder für Bauten in Luxemburg beantragt und ein dem entsprechender Beschluß gefaßt. Ein weiterer Vortrag des Militärausschusses betraf die Normallets der Besatzungen für die Bundesfestungen und die Stadt Frankfurt, und ward die Militärkommission beauftragt, die Aufrechterhaltung des normalen Standes der verschiedenen Bundesgarnisonen mit Sorgfalt zu überwachen. — Der von der königl. sächsischen Regierung gestellte Antrag: „Hohe Bundesversammlung wolle ungesäumt beschließen, die königl. preussische Regierung darum anzugehen, daß durch geeignete Erklärung von der Rüstung abgesehen werde,“ ward mit der Majorität zum Beschluß erhoben, worauf von verschiedenen Seiten Erklärungen erfolgten.

Stuttgart, 9. Mai. (Schw. M.) Die Mitglieder des weimarschen Ausschusses sind nach Erlebigung der vorgelegenen Geschäfte am 7. Mai entlassen worden, woraus sich ergeben dürfte, daß der Zusammentritt der Stände für die nächsten Tage nicht in Aussicht genommen ist.

Stuttgart, 10. Mai. Der königl. bayrische Generalmajor Graf Bothmer ist heute hier angekommen. Er hat mit dem Kriegsminister konferirt, und man vermuthet daher, daß es sich um zu ergründende gemeinsame militärische Maßregeln handelt. Graf Bothmer ist Kommandant der Bundesfestung Ulm, die von Württembergern und Bayern besetzt ist und wo sich außerdem noch eine kleine Abtheilung österreichischer Artillerie und Genietruppen befindet. Graf Bothmer wurde auch vom König empfangen und wird diesen Abend die Ehre haben, an der königl. Tafel zu speisen. — Trotz des Himmelfahrtsfestes fand heute eine langdauernde außerordentl. Ministerberathung statt. Man spricht von Mobilisirung des ganzen Armeekorps. Ohne Zweifel wird auch eine baldige Ständebertagung erfolgen.

Darmstadt, 9. Mai. (Fr. Z.) Heute traten die hier weilenden Mitglieder der Zweiten Kammer zu einer Besprechung zusammen, um über die in Anbetracht der drohenden Kriegsgefahr bei der Regierung zu thunenden Schritte zu berathen. Auch die beiden Präsidenten Solban und Dumont waren erschienen. Ein Antrag des letzteren, die Regierung bezüglich ihrer Entschlüsse zu interpelliren, wurde, dem Vernehmen nach, verworfen, und definitive Beschlüsse vorerst nicht gefaßt.

Wiesbaden, 8. Mai. (Mittelrh. Ztg.) Die bei Raubten Solbaten beider Regimenter Nassau's sind einberufen.

Wiesbaden, 9. Mai. (Fr. Z.) Die Regierung forderte in heutiger Sitzung der Ständerversammlung zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse für 1866 vorläufig ein weiteres Steuerimpel an, dessen Erhebung am 11. Juni erfolgen soll.

Kassel, 9. Mai. Die „Kass. Ztg.“ erklärt die Gerüchte für grundlos, nach denen an Kurhessen von Preußen die Anforderung gestellt sei, eine Brigade in Kriegsbereitschaft zu setzen.

Dresden, 9. Mai. Das „Dresden. Journ.“ enthält eine offiziöse Mittheilung, in welcher es heißt: Der bisherige Zustand des Königreichs Sachsen dürfe als ein Zustand des gegenseitigen Vertrauens zwischen Volk und Regierung bezeichnet werden. In Bezug auf die sozialen und politischen Interessen sei die freie Bewegung des Volkslebens ungehemmt, die kommerziellen Beziehungen seien erweitert und befestigt, die Geseze würden nur im Sinn der Freiheit gehandhabt. Die

Regierung sei daher zu der Hoffnung auf die treue Opferwilligkeit des Volks berechtigt. Nur eine einzige Stadt zeige abweichende Kundgebungen und wolle der Regierung eine Politik des Kleinmuths aufdrängen. Die Regierung kenne ihre Pflichten und ihre Verantwortlichkeit; sie werde die Zügel in fester Hand halten und vor der entschiedensten Anwendung der Geseze nicht zurückschrecken.

Heute hat die Schlußsitzung der Kommission für deutsches Obligationenrecht stattgefunden.

Altona, 9. Mai. (Nürnb. Kor.) Sämmtlichen in Schleswig-Holstein garnisonirenden preussischen Truppen ist Kriegsbereitschaft anbefohlen; ebenso der österreichischen Brigade Kalit. Einzelne Schleswig-Holsteiner sind österreichische Offiziersaspiranten geworden.

Berlin, 9. Mai. Der heutige „Staats-Anz.“ enthält eine königliche Verordnung vom Heutigen, durch welche das Abgeordnetehaus auf Grund des Art. 51 der Verfassung aufgelöst wird. Diefelbe ist eingeleitet durch folgenden Bericht des Staatsministeriums:

In den auswärtigen Beziehungen des Landes ist in Folge der bedrohlichen Haltung, welche mehrere Nachbarregierungen gegen Preußen angenommen haben, eine Spannung eingetreten, welche Ew. Königl. Maj. nach den sorgfältigsten und ausdauerndsten Bemühungen zu ihrer Beseitigung in die Nothwendigkeit verlegt hat, umfassende Vorkehrungen zur Sicherheit des Landes anzuordnen. Das ehrsüchtige voll unterzeichnete Staatsministerium glaubt unter diesen Umständen, daß Ew. Königl. Majestät den Augenblick gekommen halten werden, die Volkvertretung in Gestalt des Allgemeinen Landtages der Monarchie um den Thron zu versammeln, um die der Lage des Landes entsprechenden Beschlüsse zu fassen und der Einmüthigkeit, welche das preussische Volk befeht, wenn es der Erhaltung der Unabhängigkeit und der Ehre des Landes gilt, den legalen Ausdruck zu geben.

Das jetzige Haus der Abgeordneten, wenn auch seine Mehrheit Angesichts der Gefahren, welche das Vaterland bedrohen, ihre Hingebung für dasselbe gewiß bereitwillig betheiligen würde, ist doch unter dem Einfluß anderer Verhältnisse gewählt worden, als diejenigen sind, welche heute bestimmend auf die Wähler wirken müssen. Ew. Königl. Maj. werden das Bedürfnis fühlen, die Stimmung zu kennen und zum Ausdruck gebracht zu sehen, welche das preussische Volk im jetzigen Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge befeht. Wir glauben deshalb Ew. Königl. Maj. ehrsüchtvoll raten zu sollen, auf Grund des Artikels 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 das Abgeordnetehaus aufzulösen, damit unverzüglich Neuwahlen angeordnet werden können. Ew. Königl. Maj. bitten wir daher, die im Entwurf beigefügte Verordnung wegen Auflösung des Hauses der Abgeordneten allergnädigst vollziehen zu wollen.

Die „Prov.-Korr.“ enthält einen längern halboffiziellen Artikel über die österreichische Depesche vom 26. April, welche die bekannten Vorschläge in Betreff der Schleswig-Holsteinischen Frage enthält. Es heißt darin:

Oesterreich will vor Allen dem Deutschen Bund die Entscheidung in die Hand legen; auch hierin tritt es in Widerspruch mit den Aufstellungen, die es bisher gemeinschaftlich mit Preußen vertreten hat. Die Art aber, wie die Bundesämter dieses Bündnis anzuordnen gedenkt, die Bedingungen, unter welchen eine Verbindung der Herzogthümer mit Preußen bewilligt werden soll, — würden Preußen unter dem Schein von Zugeständnissen nur schwere Pflichten und Lasten auferlegen. Die gesammte öffentliche Meinung Preußens hat sofort erkannt, daß die Vorschläge Oesterreichs darauf hinauskommen, die Kräfte uneres Staates und Volkes zu vermehren, ohne zugleich unsere Kräfte zu erhöhen. Die vermeintlichen Vortheile gehen, wie sich bei näherer Ansicht alsbald ergibt, in Wahrheit auf eine Beschädigung Preußens hinaus. Ohne für heute hierauf einzugehen, ist das Eine klar, daß Oesterreich, indem es eine bundesmäßige Lösung auch gegen den Willen Preußens in Aussicht nimmt, sich von dem Gasteiner Vertrag willkürlich losragt.

Hierauf knüpft die „Prov.-Korr.“ die Mittheilung, daß eine Antwort Preußens an die österreichische Regierung auf die in Rede stehenden Vorschläge auch jetzt noch nicht erfolgt ist und die Angaben verschiedener Blätter über eine bereits erteilte oder beabsichtigte Erwiderung unbegründet sind.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“ von hier:

Die Worte des Kaisers Napoleon in Luxemburg rücksichtlich der Verträge von 1815 haben hier allseitig den tiefsten Eindruck gemacht. Es scheint, daß der Verbruch über den reichlichen Befehl, welchen der Gesezgeb. Körper der Rede des Hrn. Thiers mit ihren scharfen Angriffen gegen die Konsequenzen der Politik des Kaisers zollte, den letztern verleitet hat, den Vorhang zu lüften, hinter dem seine Pläne verborgen sind. Seine Worte sind aber der Art, daß sie den schmerzlichen Befürchtungen, die in Betreff der Haltung Frankreichs gegenüber einem deutschen Krieg ausgesprochen sind, Recht zu geben scheinen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ enthält einen Artikel über das Attentat gegen den Grafen Bismarck, zu dessen Charakteristik wir folgende Stelle wiedergeben:

Ueberraschen kann es uns freilich nicht, wenn wir die Anhänger der parlamentarischen Parteien endlich zu dem Mittel greifen sehen, einen Minister dadurch zum Rücktritt zu bewegen, daß man ihn meuchlings niederschlägt, einem Mittel, das allerdings in den meisten Fällen sich wirksam erweisen wird, als eine Abstimmung oder eine Resolution eines Klubs oder einer Bezirksversammlung.

Berlin, 10. Mai. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ beschäftigt sich heute mit der gestrigen Bundestags-Sitzung und der Auflösung des preussischen Landtags. Sie sagt:

Der sächsische Antrag bezweckt nichts Anderes, als eine Form dafür zu finden, ohne vorgängige Kriegserklärung österreichische und sächsischen Truppen in Sachsen einrücken zu lassen, sich der dortigen militärischen Positionen unter dem Vorwand des Bundesrechts zu bemächtigen und Preußen wehrlos zu machen, ehe wir noch einen Schuß für unsere Vertheidigung gethan haben. Preußen hat in dieser bedrohlichen Lage nur einen Weg. Es hat seinen Feinden zuvorzukommen. Die bisher entwickelte Energie, mit welcher das Kabinett für die bedrohte Existenz des preussischen Staats eingetreten, gibt uns die Versicherung, daß keine Minute veräußert werden wird, um die Pläne der Gegner zu Schanden zu machen, die auf die Dominanz Oesterreichs in Deutschland, auf die Mobilisirung Preußens und die Vergrößerung Sachsens auf Kosten der preussischen Monarchie hinauslaufen.

Abgesehen von den militärischen Maßregeln, welche bereits getroffen sind, hat daher die Regierung auch die zweite große Maßregel nicht verschmähen zu dürfen geglaubt, welche von den Umständen geboten wird: die Einberufung der Volkvertretung. Die Regierung wendet sich an das Volk, um, wie es in dem amtlichen Erlaß heißt, die der Lage des Landes entsprechenden Beschlüsse zu fassen, um die Einmüthigkeit, welche das Volk befeht, wenn es der Unabhängigkeit und der Ehre des Landes gilt, den legalen Ausdruck zu geben.

Und vor einem solchen Aufruf, vor einer solchen Situation haben, so fügen wir hinzu, die innern Fragen zu schweigen. Es kann sich nur um die Frage handeln, ob die bisher von der Regierung besolgte äußere Politik die Zustimmung und die Unterstützung des Volks verdient, und ob man in den Personen, denen der König die Leitung der Geschäfte anvertraut, die nöthige Kraft und die nöthige Umsicht zu finden glaubt, diese Politik bis an's Ende zu führen und Preußen siegreich aus der drohenden Krise hervorgehen zu lassen. Angesichts dessen sollte es allerdings nur eine Partei in Preußen geben; — wäre es aber anders, so würde man doch nur zwei Parteien zählen können: ministeriell oder antiministeriell.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ enthält ferner verschiedene Widersprüche, darunter zunächst folgende:

Die Berliner „Reform“ vom 10. d. M. schreibt:

„Es wird berichtet, der Kronprinz habe in Stettin geäußert, daß er gegen den Krieg mit Oesterreich sei, daß auch der König diesen nicht wünsche, aber in dem Ministerialrat dem Antrag des Ministeriums auf sofortige Mobilisirung habe nachgeben müssen, weil es eine Kabinetsfrage daraus gemacht und seinen Rücktritt angekündigt habe, wenn sein Antrag nicht angenommen werde.“

Wir sind ermüdet, diese Mittheilung in ihrer Gesamtheit und in jedem Wort für eine dresde Erfindung zu erklären. Außerdem wiederlegt das genannte Blatt in offiziöser Weise folgende Zeitungsgerüchte: 1) daß Preußen in Lübeck und Hamburg die Forderung gestellt habe, daß ihm der Oberbefehl über die Bundeskontingente übertragen werde; 2) daß Preußen in Hannover darauf dringe, daß 15,000 Hannoveraner nach Köln und Luxemburg, und in Kassel, daß 5000 Kurhessen nach Danzig verlegt werden; 3) daß das 8. preussische Armeekorps (Niederrhein) zur Invasion in Rheinpreußen und zur Belegung von Mainz bestimmt sei. Preußen werde lediglich in der Defensiv bleiben.

Berlin, 10. Mai. Der „Staatsanzeiger“ bringt ferner folgenden Erlaß der Minister der Finanzen, des Kriegs und des Innern an die Oberpräsidenten:

Nachdem durch des Königs Majestät die Mobilmachung der Armee angeordnet worden ist, bestimmen wir in Gemäßheit der zur Ausführung des Gesezes wegen der Kriegseinstellungen vom 11. Mai 1851 erlassenen Instruktion vom 8. Jan. 1854, den 20. d. M. als den Zeitpunkt, mit welchem die Landlieferungen zu beginnen haben.

Dem Vernehmen nach steht die Anordnung von Neuemahlen zum Abgeordnetehaus unmittelbar bevor. Der Zusammentritt des neuen Hauses wäre indessen kaum vor 6 Wochen möglich. Aus beachtenswerten Kreisen kommt das Gerücht, die Regierung werde beim Landtag eine die Ausgleichung des Konflikts in der Militärfrage bezweckende Vorlage einbringen.

Minden, 8. Mai. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Davon der preussischen Regierung bis jetzt noch nichts dafür gethan worden ist, die schleswig-holsteinische Angelegenheit auf friedlichem Wege mit Oesterreich zu ordnen, so ist hier die ganze Bevölkerung wie ein Mann ganz entschieden gegen einen Krieg mit Oesterreich, der unsäglichen Unglück über ganz Deutschland bringen muß. Bei der Komplettirung der Mannschaften für die Artillerie muß man in den Jahrgängen so weit zurückgreifen, daß sich die vielgerühmten Vortheile der Reorganisationsmaßregeln in Bezug auf diese Waffengattung als illusorisch erweisen.“

Prag, 9. Mai. (Presse.) Den „Narodni Listy“ zufolge wurden die Bewohner von Königgrätz aufgefordert, für Verproviantirung auf 3 Monate Sorge zu tragen. Viele Familien verlassen die Stadt. — Der hiesige Stadtrath wurde verständigt, die Hausbesitzer aufzufordern, Quartiere für einzutreffende Truppen, die hier verbleiben sollten, bereit zu halten, da die Kasernen sich als unzureichend erweisen.

Wien, 9. Mai. Fast sämtliche Blätter bringen die Meldung, daß die Schweiz bei den Großmächten Schritte und zwar erfolgreiche Schritte gethan habe, um für den Fall eines Krieges ihre Neutralität zu sichern. In Wien sind solche Schritte, das glaube ich bestimmt zu wissen, nicht gethan worden und also schon deshalb voraussichtlich auch anderswo nicht. Sie wären aber auch überflüssig, da die Wiener Kongregatte die Neutralität der Eidgenossenschaft ein für allemal ausdrücklich und feierlich anerkannt und gewährleistet hat.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 8. Mai. Der „Monitorul“ veröffentlicht die Entscheidung der Pariser Konferenz, die er mit einer Erklärung der provisorischen Regierung einleitet, worin diese die Ueberzeugung ausdrückt, daß die garantirenden Mächte wie überall so auch in Rumänien den nationalen Willen berücksichtigen und sanktioniren werden.

Italien.

Florenz, 8. Mai. (A. Z.) Die „Alleanza“ berichtet, daß Rosjuth hier erwartet werde. Alle Generale, wenn auch Deputirte oder Senatoren, haben sich bei Vermeidung der Absetzung an ihre Posten zu begeben. Die Blätter, welche Kriegsmittelungen machen, sind mit Unterdrückung bedroht.

Florenz, 10. Mai. (A. Z.) Man versichert, daß die Werbureau für Freiwillige morgen offiziell eröffnet werden.

Frankreich.

Paris, 9. Mai. Der „Constitutionnel“ bringt heute einen, großes Aufsehen machenden Artikel mit der Ueberschrift: „Die Rede von Auzerre und die Verträge von 1815.“ Es heißt in demselben:

Die Verträge von 1815 sind für die Sicherheit der Staaten und für die Privatvermögen eine anbauende Gefahr. Darum verabscheut sie der Kaiser als Herrscher, als Franzose und als vernünftiger Mann,

und in diesem Sinn wurde das weitläufige Wort von Auerre gesprochen. In der Rede hieß es: „Ich verabsichere die Verträge von 1815,“ und dies will bedeuten: „Alle diejenigen, welche, mit oder ohne mein Zutun, eine den Wünschen des modernen Europa's angepasste neue Ordnung der Dinge an die Stelle der Verträge von 1815 setzen wollen, dürfen gewiß sein, einem allgemeinen Bedürfnis und meinem eigenen Gedanken zu entsprechen.“ Liegt darin irgend Etwas, was nicht der Ausdruck der lautersten Wahrheit wäre, oder was nicht der nur einigermaßen aufgefärrten Vermunft von irgend Jemand entspräche?

Allein, sagen gewisse Politiker, es liegt in der Rede von Auerre eine Aufforderung zum Krieg und eine Ermunterung für den Ehrgeiz des Hrn. v. Bismarck! Um dies zu sehen, muß man — es sei uns diese Bemerkung verzeihen — sehr scharfe Augen haben.

Was will Hr. v. Bismarck? Man sagt, er will die Herzogthümer, und diese scheint wahrscheinlich. Man sagt auch, daß er seinem Lande die Leitung und den vorwiegenden Einfluß in Deutschland verschaffen will. Solche Projekte würden allerdings die Absicht fund geben, die Verträge von 1815 nochmals zum Vortheil Preussens zu verlegen; allein das müßten wirklich geschickte Leute sein, welche darin die förmliche Absicht entbeden würden, diese Verträge zu Gunsten Europa's zu modifizieren.

Frankreich kann also seine Verantwortlichkeit nicht in partiellen, engherzigen, seinen unmittelbaren Interessen fremden und zur Störung des Gleichgewichts der allgemeinen Kräfte dienenden Unternehmungen compromittieren. Das Streben Frankreichs ist nicht der Ehrgeiz Preussens, nicht der Ehrgeiz Oesterreichs, nicht der Ehrgeiz Italiens, sondern seine eigene Sicherheit und Würde. Sein Programm war bekannt und ist nunmehr neu wieder aufgestellt worden; es liegt vollständig in den Worten: „Reform der Verträge von 1815!“ Jedes Unternehmen, das nicht nach diesem Ziel strebt, wird Frankreich nicht gleichgültig, sondern aufmerksam, wachsam und entschlossen finden. So ist also die Rede von Auerre kein bindendes Eingehen (compromission) auf die verschiedenen, in Deutschland angeregten Interessen. Sie ist gleichsam der letzte Anruf an die Weisheit der Unterzeichner der Verträge von 1815 zu Gunsten des Friedens und der Sicherheit Europa's. An ihnen ist es nun, zu sehen, ob man dem immer ungewissen und schwer zu überschauenden Ausfall des Kriegs eine allgemeine Reform anheimgeben dürfe, welche Frankreich der Verhängnis und dem Frieden verbanke.

Nach dieser Summation an die Fürsten Europa's wendet der „Constitutionnel“ sich an die kleinen Leidenchaften der Majorität, denen er Balsam in die Wunden gießt, indem er fast ironisch meint, der Kaiser wisse recht gut, daß er immer auf die Treue dieser Leute zählen könne, obgleich nicht zu läugnen sei, daß sie eine feinere Nase für die Absichten der Regierung haben könnten, und daß „im Gehege. Körper eine Anzahl von Leuten sitze, die aus einem vielleicht übermäßigen und unüberlegten Dilettantismus den rebegewandten Oppositionsmännern zulauschen.“ Indes sei die Sache so schlimm nicht, da diese Dilettanten, nachdem sie Thiers oder Favre zugehört, resolut gegen deren Meinung votiren, wiewohl nicht zu läugnen sei, daß die Sitzungen dabei gewinnen würden, wenn diese braven Leute „etwas weniger auf literarischen Eppit geben und etwas mehr politischen Verstand zeigen wollten.“

Das „Pays“ bringt heute mit großen Buchstaben Folgendes:

Man liest im „Monteur“ vom 1. Febr. 1848: Deputirtenkammer, Vorsitz des Hrn. Sauzet, Sitzung vom Montag den 31. Januar. Hr. Thiers: „Die Verträge von 1815 muß man verabschieden.“ Man wird uns, denke ich, jede weitere Reflexion „erlassen“.

Aus Marseille, 8. d. M., wird der „Agence Havas“ telegraphirt: „Es wird berichtet, das Kabinett von Florenz habe indirekt beim Papst um die Befugniß nachsuchen lassen, daß die italienischen Truppen die Eisenbahnen der päpstlichen Staaten benützen können. Man behauptet, daß im Fall des Krieges die französische Armee den Titel Observationsarmee annehmen und nöthigenfalls ihren Aufenthalt in Rom verlängern werde. Der Präfect von Neapel hat den General Sergarbi verhaften lassen.“

Belgien.

Brüssel, 8. Mai. (Köln. Ztg.) Seit mehreren Tagen war das Gerücht verbreitet, die Regierung beabsichtige eine Reihe von militärischen Vorsichtsmaßregeln. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stellte Hr. Coomans dem Finanzminister die Frage, mit welchen Mitteln er die fraglichen Maßregeln zu befreiten gedenke. „Wenn unglücklicher Weise“, antwortete Hr. Frère, „die Sicherheit des Landes dergleichen Schritte bedürftigen sollte, so würden wir bei der Kammer um die dazu erforderlichen Mittel einkommen. Bis jetzt verlangen wir nichts, und habe ich folglich Hrn. Coomans keine andere Antwort zu ertheilen.“ Das Haus ging darauf sofort zur Tagesordnung über und votirte einstimmig die von Hrn. Broeckere und Genossen beantragte Million als Beitrag für die Nationalsubskription zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen König Leopold I.

Großbritannien.

London, 9. Mai. Parlamentsverhandlungen vom 8. Mai.

Im Oberhause erhebt sich Carl Cadogan, um an den edlen Lord, den Staatskanzler des Auswärtigen, die am Abend vorher angemeldete Frage zu richten, ob J. Maj. Regierung allein oder in Verbindung mit Frankreich und Rußland irgend eine Vermittlung zur Abwehr der continentalen Kriegsgefahr versucht habe. Ueber die interessanten Fragen, aus welchen Ursachen die jetzige Lage auf dem Kontinent entstanden sei — wach ein Grad der Schuld jede der drei streitenden Mächte treffe — oder aus welchem Grund der Kaiser der Franzosen das eine Wort, mit dem er den drohenden Sturm verscheuchen könnte, doch ausgesprochen lasse — darüber wolle er weder selbst eine Meinung aufstellen, noch eine Erklärung von Seiten Ihrer Lordschäften anregen. Diese Gegenstände schienen ihm noch nicht zur Entscheidung reif zu sein, obwohl er fürchte, daß der Moment dafür bald eintreten werde. Sein edler Freund an der Spitze des Auswärtigen, der viel zu viel fernbild besitze, als daß er die Vorgehen des Herrschaftens Orkans nicht längst wahrgenommen hätte, sei sich gewiß auch der mit seinem hohen Amt verbundenen Verantwortlichkeit bewußt; und wenn er es daher unterlassen haben sollte, sein Möglich-

stes zur Abwendung des kommenden Verderbens zu thun, so könnte man sich dafür nur zwei Motive denken: entweder die Rücksicht für das Prinzip der Nichtintervention, oder den Glauben, daß Englands Einfluß im Rath Europa's zu den Dingen der Vergangenheit gehöre. Aber sein edler Freund treibe jenes Prinzip gewiß nicht auf die Spitze, und theile sicherlich nicht diese kleinmüthigen Glauben, und seine langjährige Erfahrung, sowie die Achtung, in der er bei den Souveränen und Staatsmännern Europa's siehe, berechtige ihn dazu, ein Wort der Vermittlung zu sprechen.

Lord Clarendon erwidert nach einigen verbindlichen Worten, die dem Ton des Interpellanten gelten, wie folgt: Es ist wahr, daß das Parlament bisher keine Mittheilung über den Gegenstand von uns erhalten hat, und zwar aus dem Grund, weil Englands Regierung an dem Krieg, wenn er unglücklicher Weise ausbrechen sollte, weder mittelbar noch unmittelbar sich betheiligen wird. Wir waren natürlich immer bereit, jede Frage zu beantworten; aber es ist bisher keine an uns gerichtet worden, ohne Zweifel, weil man fürchtete, daß das Publikum über die Tagesereignisse genau so gut unterrichtet ist, wie die Regierung. Von der geheimen Diplomatie früherer Zeiten ist heutzutage wenig mehr übrig. Jede Regierung ist so sehr von dem Wunsch erfüllt, an die öffentliche Meinung zu appelliren und ihre Unterstützung zu gewinnen, daß die wichtigsten und folgenschwersten Dessen kaum abgegeben sind, bevor sie veröffentlicht werden, und der Telegraph sorgt dafür, daß Niemand die Nachricht früher hat, als sein Nachbar. Wir setzen daher Alle auf denselben Fuß. Wir kennen die Beschwerden Preussens gegen Oesterreich, sowie die Antworten Oesterreichs darauf. Wir kennen durch ihre trefflichen Staatschreften die Meinungen Bayerns und Sachsens über das Verhalten ihrer zwei großen Nachbarn, sowie die Ansichten der übrigen deutschen Mächte. Wir wissen, welche laute Vorstellungen sich in ganz Deutschland erhoben haben gegen einen Krieg, der nicht durch die Nationallehre geboten ist und den das Interesse der Nation verbietet. Das Fallen der Papiere auf allen Börsen Europa's — die Lähmung des Handels, des Handels und der Industrie — die ungeheuren Verluste, die eintreten, sobald die Kriegsgeschichte einen Anzeichen der Wirklichkeit bekommen — schienen eben so viele an die Souveräne gerichete Mahnrufe, nicht in den Interessen ihrer Unterthanen ihr Spiel zu treiben. Bis vor vierzehn Tagen schien es, daß gemäßigter Rathschlüsse die Oberhand behalten und das Kriegsgewühl abwendig würden; aber seitdem ist diese Hoffnung immer mehr geschwunden, und obgleich jede der drei Mächte erklärt, daß sie keinen Angriff gegen die andere beabsichtige, obgleich jede erklärt, daß sie nur gegen einen Angriff gewappnet habe, von dem alle erklären, daß sie ihn nicht im Sinn haben, so ist doch, wo drei große Armeen an ihre betrieht. Grenzen marschiren, nur zu viel Grund vorhanden, einen Kriegsausbruch zu fürchten. Hätten wir den geringsten Grund gehabt, zu hoffen, daß unsere guten Dienste von irgend einem Nutzen gewesen wären, so würden wir sie offen angetragen und gewissenhaft angewendet haben. Wir haben die betreffenden Mächte dies wohl wissen lassen. Ich würde nicht vorkühnig handeln, wenn ich hier mehr sagte; aber, Mylords, wir fassen allein, und allein vermöchten wir nichts gegen den Beschluß, daß der Krieg das wirksamste — das einzige wirksame Mittel sei, um seine ehrgeizige Politik durchzusetzen. Dieser Entschluß wird möglicher Weise zur Ausführung kommen. So lange der Krieg nicht erklärt ist, müssen wir hoffen, daß er nicht ausbrechen wird, aber schon steht über eine Million Soldaten kampfbereit unter den Waffen. Ich muß sagen, es ist ein trauriger Anblick in diesem erleuchteten Zeitalter und bei dem heutigen Stand der Zivilisation und des Fortschritts, daß Europa überhaupt abgedroht sein kann mit einem Krieg, für den es keinen casus belli und keine Rechtfertigung gibt.

Lord Stratford de Redcliffe fällt über den Charakter des drohenden Kriegs ebenfalls ein verdammenes Urtheil. England werde von mehr als gewöhnlichem Glück zu sagen haben, wenn es nicht, trotz der besten Absichten und der größten Friedensliebe, zuletzt in den Kampf hineingezogen werde. Er glaube nicht, daß Oesterreich eine Angriffspolitik befolge; es sei dies geradezu eine Unmöglichkeit. (Beifall.) Als die Angelegenheiten der Oberherzogthümer erörtert wurden, hätten viele Ihrer Lordschäften vorausgesehen, daß der bittere Kelch, der für Dänemark gefüllt ward, auch einen Bodenfuß enthielt, den einst die Großmächte würden trinken müssen. Diese Stunde scheint gekommen.

Es entwickelt sich nun zwischen Carl O'Connell, Lord Russell und Graf Derby eine lebhaftere Diskussion über die von der Regierung während des dänisch-deutschen Kriegs befolgte Politik, worauf Lord Stratford: An einem andern Ort (im Unterhause) hat ein ausgezeichnetes Mitglied des Ministeriums erklärt, daß es für Ihrer Maj. Regierung nicht ratsam wäre, allein den am Rande des Kriegs stehenden Mächten eine Vermittlung anzubieten. Es ist doch bemerkenswerth, daß England nicht genug Macht oder Gewicht haben soll, um als Schlichter, als Wohlmeinender oder Rathgeber von Europa aufzutreten, sondern gezwungen sein soll, zu einer dringlichen Großmacht zu gehen und zu sagen: „Wollen Sie mit uns gehen oder nicht, denn wir sind so schwach, daß wir allein nichts vermögen!“ Sieht es wirklich so mit uns?

Lord Clarendon: Nein, so sehe es nicht mit uns. Ich weiß nicht, welchen Bericht mein edler Freund gelesen hat, aber er war keinesfalls getrennt. Ich nehme an, daß zwischen Regierungen wie zwischen Individuen eine vorherige Anfrage nöthig ist: die Frage, ob der zu gebende Rath annehmbar wäre oder nicht; sonst könnte das Rathgeben mehr Schaden stiften als das Schwägen. Längst bemühten wir uns zu ermitteln, ob unsere guten Dienste angemessen und ersprießlich wären, und die Antworten klangen nicht aufmunternd. Die Sache wurde daher nicht weiter betrieben, denn wir hatten Mittel genug, zu wissen, daß es uns nicht gekommen haben würde. Wir wandten uns an andere Mächte, um zu erfahren, ob sie unsere Denkart theilten, und als wir sahen, daß wir in der anfänglichen Stellung bleiben würden, ließen wir davon ab, unsere guten Dienste weiter anzubieten. (Hört!)

Antwort auf die preussische Depesche vom 30. April.

Wien, 6. Mai. Auf die in der Rüstungsangelegenheit hier eingegangene preussische Depesche vom 30. April ist gestern bereits die Antwort des k. k. Kabinetts nach Berlin abgegangen. Derselbe lautet nach der „Allg. Ztg.“ wie folgt:

Wien, 4. Mai.
Ich habe die Ehre, Ew. im Anschluß Abschrift einer von dem Herrn v. Werber mir mitgetheilten Depesche des k. preussischen Kabinetts, d. d. Berlin, 30. v. M., zu überfenden. Die Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen glaubt nach dieser Depesche, daß für Oesterreich

keine Veranlassung vorliege, sich auf die Abwehr eines Angriffs auf seinen italienischen Besitzstand vorzubereiten. Sie erklärt: daß, wenn Oesterreich demungeachtet nicht für angemessen halte, zur effektiven Herstellung des Friedensfußes der gesammten kaiserl. Armee zu schreiten, es auch für Preußen nicht thunlich sei, den bevorstehenden wichtigen und folgenschweren Verhandlungen mit der kaiserl. Regierung anders als unter Festhaltung des Gleichgewichts in der Kriegsbereitschaft beider Mächte entgegenzugehen. Ew. zc. begreifen, daß wir Angesichts dieser Erklärung die Verhandlung über eine gleichzeitige Zurücknahme der von Preußen gegenüber Oesterreich, und von Oesterreich gegenüber Preußen angeordneten militärischen Vorbereitungen für erschöpft halten müssen. Durch die von uns in Berlin wie in Frankfurt erteilten feierlichen Versicherungen sieht fest, daß Preußen von uns keine Offensive, Deutschland keinen Bruch des Bundesfriedens zu befürchten habe. Eben so wenig beabsichtigt Oesterreich Italien anzugreifen, wiewohl die Besetzung eines Theils des österreichischen Staatsgebiets das bei jeder Gelegenheit offen ausgesprochene Programm der Florentiner Regierung bildet. Dagegen ist es unsere Pflicht, für die Verteidigung der Monarchie zu sorgen, und wenn die Regierung Preussens in unsern Defensivmaßregeln gegen Italien ein Motiv erblickt, ihre eigene Kriegsbereitschaft aufrecht zu erhalten, so bleibt uns nur übrig, dieser Pflicht, die keine fremde Kontrolle zuläßt, Genüge zu thun, ohne uns in fernere Erörterungen über die Priorität und den Umfang einzelner militärischer Vorkehrungen einzulassen. Daß wir übrigens nicht bloß die Integrität unseres Reichs, sondern auch das Gebiet des Deutschen Bundes gegen eine Offensive Italiens sicher zu stellen haben, wird man sich in Berlin nicht verhehlen können, und wir dürfen und müssen im Interesse Deutschlands die erste Frage stellen, wie Preußen das Verlangen, daß wir die deutschen Grenzen unbewacht lassen sollen, mit den Pflichten einer deutschen Macht vereinbar finden könne. Wenn endlich Hr. Graf v. Bismarck uns mittheilt, daß Preußen die königl. sächsische Regierung aufgefordert habe, ihre Rüstungen einzustellen, so müssen wir die Ueberzeugung aussprechen, daß der König von Sachsen ebenso wie der Kaiser, unser allergnädigster Herr, nur an nothgedrungenen Selbstverteidigung denkt, geküßt auf die Bundesverträge, welche die Abwehr jedes Friedensbruchs zu einer gemeinsamen Verpflichtung sämtlicher Mitglieder des Bundes machen. Ew. zc. wollen die vorstehenden Bemerkungen zur Kenntniß des königl. Hrn. Ministerpräsidenten bringen, auch sich für ermächtigt halten, eine Abschrift der gegenwärtigen Depesche mitzutheilen. Empfangen zc.

Mensdorf.

Baden.

Wannheim, 10. Mai. (Wannh. Journ.) Die Folgen der durch die drohende Kriegsgefahr arg betroffenen gewerblichen und industriellen Verhältnisse machen sich dahier schon fühlbar; es sind in hiesigen Fabriken bereits über 800 Arbeiter entlassen worden.

Vermischte Nachrichten.

Köln, 9. Mai. (Köln. Z.) Ein Theil der hiesigen Stadtverordneten hat an den Oberbürgermeister das Gesuch gerichtet, auf Mittwoch den 9. Mai eine außerordentliche Versammlung des Gemeinderaths zu berufen. Die Unterzeichner stellen den Antrag, eine Deputation nach Berlin zu senden, mit dem Auftrag, bei dem König um Abwendung der alle Interessen des Staats schwer bedrohenden Kriegsgefahr Fürbitte einzulegen.

In Köln hat am 8. d. die feierliche Inthronisation des neuen Erzbischofs Melchers stattgefunden.

Dresden, 8. Mai. (Dresden. Journ.) Die gestern Abend von den H. H. Advokaten Schrappe, Knäsel und Förstling in die Räume des „Kolosseums“ zusammenberufene Volksversammlung hat folgende Resolution angenommen: 1) Wir verdammen jede Politik, welche die Kraft des Volkes lähmt und ihm nicht die Garantien seiner Freiheit und seines Wohlstandes gibt. 2) Wir erklären die Abtretung von nur einem Fuß breit deutschen Landes als Verrath am Vaterland. 3) Wir verlangen, daß Sr. Maj. der König und die Regierung ihren Pflichten gegen das Vaterland und das Volk nachkommen, und daß deshalb diejenigen Männer, welche diesen Pflichten entgegen, die Energie des Widerstandes lähmen, durch solche ersetzt werden, welche energisch und im volkstümlichen Sinn handeln. 4) Wir verlangen, daß die Interessenherrschaft, deren laubverderbliche Resultate jetzt offen zu Tage treten, durch Wiederherstellung des allgemeinen gleichen und direkten Stimmrechts mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit ersetzt wird. 5) Wir verlangen, daß die Regierung Sr. Majestät den Entschluß fundgebe, auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. Apr. 1848 das Parlament einzuberufen und in die Lösung der deutschen Verfassungsfrage im Sinn der im Febr. 1849 der deutschen Nationalversammlung ausgesprochenen Geneigtheit einzutreten. 6) Wir verlangen sofortige Wiederherstellung der deutschen Grundrechte und allgemeine Volkswahlordnung.

Hildesheim, 10. Mai. Die hierher ausgeschriebene 16. deutsche Lehrerversammlung ist auf den Wunsch des Ausschusses Angesichts der politischen Lage vertagt worden.

Nachricht.

Telegramme.

Frankfurt, 11. Mai. Heute fand eine mehrstündige Sitzung des Ausschusses für Bundesreform statt. Resultat noch unbekannt.

Stuttgart, 11. Mai. Die Ständeversammlung ist auf den 23. d. M. einberufen.

Marau, 9. Mai. Heute sind hier eingelaufen: Schlepper „Friedrich der Große“ mit den Schiffen: „Königin Augusta“ (12,600 Str.) und „Großherzogin Luise von Baden“ (12,431 Str.), und Schlepper „Stinnes II.“ mit den Schiffen: „Gustav Leo“ (7691 Str.), und „Prinz Regent“ (8629 Str.), sämmtlich mit Kohlen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 13. Mai. 2. Quartal. 58. Abonnementvorstellung. **Der Freischütz**; romantische Oper in 3 Akten, von C. M. v. Weber. **Agathe** — Fräul. Stieber vom Stadttheater in Regensburg als erste Gastrolle. **Heinrich** — Fräul. Wuzel vom herzogl. Hoftheater in Meiningen, als dritte und letzte Gastrolle.

